

Gründe, warum die AfD keine Partei für Beschäftigte ist:

1 Die AfD **schwächt die Macht der Beschäftigten** im Betrieb: Sie will das Streikrecht einschränken, die Gewerkschaften aus den Tarifverhandlungen drängen und Flächentarifverträge aushebeln.

2 Die AfD steht **gegen den Sozialstaat** und will soziale Sicherungssysteme schleifen. AfD-Sozialpolitik heißt: **Weniger Staat und mehr Markt**. Beim Thema Sparen fällt ihr zuerst der Sozialstaat ein. Ob Kindergrundsicherung, Mindestloohnerhöhung, Bürgergeld – die AfD ist dagegen. Stattdessen sollen Versicherte 15 Jahre lang ununterbrochen in die Arbeitslosenversicherung einzahlen, bevor sie 12 Monate Arbeitslosengeld beziehen dürfen.

3 Die AfD macht **Politik für die Reichen**. Während sie beim Sozialstaat sparen will, **verschont sie die Reichen und Vermögenden**. Die AfD lehnt die Vermögenssteuer und die Erbschaftssteuer ab. Den Soli, den nur noch die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung zahlen, will sie abschaffen. Ihre steuerpolitischen Vorschläge begünstigen vor allem die oberen Einkommen, für das untere Drittel hat sie nichts im Angebot.

4 **Bezahlbare Mieten** sind für die AfD **kein Thema**: Alle Vorschläge, den immer dramatischeren Anstieg der Mieten zu bremsen, werden von ihr abgelehnt. Gegen Mietendeckel und Mietpreisbremse hat sie mehrfach geklagt, weil sie sich vor allem als **Anwalt von Vermietern und Wohnungskonzernen** sieht. Kein Wunder, dass sie von ihnen mit Spendengeldern bedacht wird. Im Wahlprogramm 2025 spricht sie sich gegen mehr sozialen Wohnungsbau aus und lehnt Mietpreisbremse und Mietendeckel als „Überregulierung und Investitionshemmnisse“ ab.

5 **Tarifbindung ist der AfD egal**: In Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt will die AfD zum Beispiel die Tarifvergabegesetze der Länder wieder abschaffen. Geregelt wird darin, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen gehen, die ihren Beschäftigten Tariflöhne zahlen. Das will die AfD ändern, so dass auch wieder Unternehmen mit Dumpinglöhnen zum Zuge kommen.

Öffentliche Investitionen sind mit der AfD nicht machbar. Verbissen hält die AfD an der „Schuldenbremse“ genannten Investitionsbremse fest. Im Programm 2025 verspricht sie, „jedwede Aufweichung der Schuldenbremse entschieden“ abzulehnen. Marode Schulen, kaputte Brücken, desaströser Zustand der Bahn – mit der AfD setzt sich diese Spirale fort. Finanzpolitisch steht sie für eine **harte neoliberale Politik**.

Die AfD will **Deutschland aus der EU herausbrechen:** Sie strebt eine Abstimmung zum D-Exit an, so hat es Alice Weidel angekündigt. Außerdem will die AfD aus dem Euro aussteigen. Damit gefährdet sie Millionen von Arbeitsplätzen. Mehr als 50 Prozent der deutschen Exporte gehen in die EU, jeder vierte Arbeitsplatz hängt davon ab. Mit ihrer Orientierung auf einen **EU-Austritt** gefährdet die AfD den **Wohlstand in Deutschland**.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für die AfD kein Thema: Kita-Ausbau, Ganztagschulen und eine bessere Betreuung von Grundschulkindern – all das wird von der AfD abgelehnt. Sie steht für eine **traditionelle Rollen-aufteilung** und sieht den Platz der Frauen vor allem zu Hause.

Die AfD nutzt jede Gelegenheit, um **rassistische Vorurteile** gegen Menschen mit Migrationshintergrund zu verbreiten. Egal, um welches Problem es sich handelt – **für die AfD sind Migrant*innen die Sündenböcke**. Die weitgehenden Vertreibungspläne, die im Januar 2024 als „Remigration“ viel Empörung auslösten, sind mittlerweile offizielle Forderungen im Wahlprogramm. Höcke hatte diese Pläne bereits 2018 in einem Buch beschrieben – versehen mit dem Hinweis, dass diese Vertreibungen nicht ohne „wohltemperierte Grausamkeit“ auskommen werden.

Die AfD biedert sich an Diktaturen und Autokratien an. **Für die Demokratie in Deutschland hat die AfD nur Verachtung übrig.** Mit Bewunderung schauen viele AfD-Politiker dagegen auf das autokratische System Putins in Russland. Auch die neoliberale und autoritäre Kahlschlagpolitik von Milei, Trump und seinen befreundeten Milliardären bekommt von der AfD begeisterten Applaus.

